

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord  
Postfach 1227 | 56402 Montabaur  
**-Gegen Empfangsbekanntnis-**

**Verbandsgemeindewerke Nastätten**

**Bahnhofstrasse 1**

**56355 Nastätten**

**REGIONALSTELLE  
WASSERWIRTSCHAFT,  
ABFALLWIRTSCHAFT,  
BODENSCHUTZ**

Kirchstraße 45  
56410 Montabaur  
Telefon 02602 152-0  
Telefax 02602 152-100  
Poststelle@sgdnord.rlp.de  
www.sgd nord.rlp.de

09.05.2018

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechperson
33-GE 5816 Rü/Mef	20.10.2017	Beate Ruffe
Bitte immer angeben!	Abt. 1.2/wa	Beate.Rueff

**Vollzug der Wassergesetze;  
Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Grundwasserentnahme aus dem Brunnen „Ehr“  
WFG-Nr.: 303 036 805**

**I. ERLAUBNISBESCHIED**

**1.**

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Nastätten wird hiermit gemäß §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz –WHG-), sowie den § 14, § 19 und § 92 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) die

**wasserrechtliche Erlaubnis**

erteilt,

1/9

**Kernarbeitszeiten**

09.00-12.00 Uhr  
14.00-15.30 Uhr  
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

**Verkehrsanbindung**

ICE-Bahnhof Montabaur  
Linien 460, 462, 480, 481  
Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

**Parkmöglichkeiten**

hinter dem Dienstgebäude  
(bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße,  
Parkplatz „Kalbswiese“ an der Fröschpfortstraße

Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die virtuelle Poststelle der SGD Nord. Unter [www.sgd nord.rlp.de](http://www.sgd nord.rlp.de) erhalten Sie Hinweise zu deren Nutzung.

**zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung des Versorgungsgebietes  
„Hainau-Ehr-Miehlen“**

entsprechend den vorliegenden Planunterlagen

**aus dem Brunnen „Ehr“, WFG-Nr.: 303 036 805**

**Lage: Gemarkung Ehr, Flur 3, Flurstück 3**

**Grundwasser zu Tage zu fördern und zu verbrauchen.**

Die zulässige Höchstentnahmemengen betragen:

**3,0 m<sup>3</sup> / Stunde**

**61 m<sup>3</sup> / Tag**

**22.000 m<sup>3</sup> / Jahr**

## **2. Antrags- und Planunterlagen:**

Der Erlaubnis liegen die von den VGW Nastätten erstellten Unterlagen und Pläne vom November 2007, sowie aktuelle Analysen zu Grunde.

Diese sind Bestandteil des Bescheides.

## **3. Befristung:**

Diese Erlaubnis ist befristet bis zum **31.05.2023**.

## **4. Auflagen und Bedingungen:**

- 4.1 Das Grundwasser darf nur zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, wenn und solange es in gesundheitlicher Hinsicht den Anforderungen der

Trinkwasserverordnung in der Fassung vom 03.05.2011 (BGBl. I S. 2091), genügt.

- 4.2 Die Erhöhung der Entnahmemengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlage sind rechtzeitig zuvor bei der zuständigen Wasserbehörde zu beantragen.
- 4.3 Der Wasserzähler ist wöchentlich abzulesen; die Ablesungen, ebenso außergewöhnliche Vorkommnisse und Betriebszustände, sind in einem Betriebsbuch aufzuzeichnen, in das bei behördlichen Kontrollen Einblick zu gewähren ist.
- 4.4 Auf die formelle Überwachung und Abnahme der bereits bestehenden Anlage wird gemäß § 95 LWG verzichtet.
- 4.5 Die Übertragung der Erlaubnis bedarf abweichend von der Vorschrift des § 8 Abs. 4 WHG der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Kirchstraße 45, 56410 Montabaur.

#### **5. Auflagenvorbehalt:**

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

#### **6. Allgemeine Hinweise:**

Es ist zu beachten, dass

- 6.1 die Erlaubnis nicht das Recht gewährt, Gegenstände die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
- 6.2 die Erlaubnis unter den Vorbehalten der §§ 13 Abs. 1, 18 und 101 WHG steht,
- 6.3 diese Erlaubnis nicht Rechte Dritter berührt und nicht Genehmigungen ersetzt, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,
- 6.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die der Ausübung des Wasserrechtes dient, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, zulässig ist.
- 6.5 die Erlaubnis gemäß § 18 Abs. 1 WHG widerruflich ist,
- 6.6 eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§§ 13 WHG) gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit gilt und mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG) kann,
- 6.7 gemäß § 14 Abs. 3 LWG die Benutzung nach Ablauf der Frist im Rahmen der Erlaubnis bis zur Entscheidung über den Antrag auf Neuerteilung fortgesetzt werden darf, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit entgegenstehen. Der Antrag auf Neuerteilung der Erlaubnis ist spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

## **7. Kostenentscheidung:**

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

## **8. Kostenfestsetzung:**

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

**158,36 €**

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren: 140,40 €

Auslagen: 17,96 €

(einschließlich der Kosten der mitwirkenden Behörden)

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 € bis 5.315,00 €) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das folgende Konto der

**Bundesbank Koblenz**  
**BIC: MARKDEF1570**  
**IBAN: DE10 5700 0000 0057 0015 06**

unter Angabe des Kassenzzeichens: **48142/18/2109/233/148011111** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein

Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

### **9. Begründung:**

Der Brunnen „Ehr“ versorgt zusammen mit den Brunnen „Hainau“, „Niederbachheim“ und der Quelle „Marienfels“ das Versorgungsgebiet „Hainau-Ehr-Miehlen“ mit Trinkwasser.

Im HB „Hainau“ erfolgt eine Aufbereitung der Rohwässer über eine Lochbodenbelüfter und eine Restentsäuerung durch einen geschlossenen Filter. Über eine UV-Anlage erfolgt abschließend eine Desinfektion.

Das Wasserschutzgebiet für den Brunnen „Ehr“ ist im August 2010 erloschen; am 07.11.2012 erfolgte eine Neuabgrenzung des Schutzgebietes.

Es soll hier ein gemeinsames Wasserschutzgebiet mit den Brunnen „Niederbachheim“, „Hainau“ und der Quelle „Marienfels“ festgesetzt werden. Für den Brunnen „Hainau“ wird derzeit ein geologisches Gutachten erstellt.

Die nach den Verwaltungsvorschriften zu beteiligenden Fachbehörden und -stellen haben der beantragten Maßnahme zugestimmt.

Gem. § 5 UVPG wurde für das Vorhaben mit geringerer Größe oder Leistung (gem. Anlage 1, Nr. 13.3.3, bis 100.000 m<sup>3</sup>) geprüft, ob durch die beantragte Grundwasserentnahme erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind. Dies ist nicht gegeben, wodurch eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls in Bezug auf die Schutzkriterien gem. Anlage 2 Nr. 2 nicht erforderlich war und somit in der Folge die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ebenfalls nicht erforderlich war.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord als obere Wasserbehörde für die Erteilung der Erlaubnis für die Benutzung des Grundwassers ergibt sich aus §§ 19 Abs. 1 Ziff. 1. c) aa), 92 Abs. 2 und 96 Abs. 1 LWG.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt und eine

Verschlechterung des Grundwasserkörpers gem. § 47 Abs. 1 Nr. 1 WHG ausgeschlossen ist. Zudem wird durch die Grundwasserentnahme die Neubildung auf Dauer nicht überschritten (§ 12 Abs. 1 WHG, § 13 Abs. 2 LWG).

Aufgrund der fehlenden Rechtsverordnung konnte nur eine bis zum **31.05.2023 befristete Erlaubnis** erteilt werden.

#### **10. Wasserbuch:**

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord einzulegen.

Der Widerspruch kann

1. schriftlich oder zur Niederschrift bei der

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord,  
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz**

**Kirchstraße 45**

**56410 Montabaur**

oder Postfach 1227, 56402 Montabaur

oder

2. durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur<sup>1</sup> an:

[SGDNord@Poststelle.rlp.de](mailto:SGDNord@Poststelle.rlp.de)

erhoben werden.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Nord unter <https://sgdnord.rlp.de/de/service/elektronische-kommunikation/> aufgeführt sind.

Im Auftrag

(Dr. Thomas Lenhart)

### Rechtsgrundlagen

**Stand: Januar 2018**

- **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771);
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz - LWG**) vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127); zuletzt geändert durch § 28 des Gesetzes vom 27.11.2015 (GVBl. S. 383)
- Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer (Oberflächengewässerverordnung-OGewV) vom 20.07.2011 (BGBl. I S. 1429);
- Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 28.07.2017 (BGBl. I Seite 2808)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)** vom 18.09.1995 (GVBl. S. 671);
- Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**LUVPG**) vom 22.12.2015 (GVBl. S. 516)
- **Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)** vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.11.2015 (BGBl. I S. 2010);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (**Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG**) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch § 48 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 487);
- **Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)** vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30.06.2017 (BGBl. I S. 2198);
- **Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO)** vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.08.2014 (GVBl. S. 187);
- **Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.08.2013, BGBl. I S. 2977, die durch Artikel 4 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. S. 3154) geändert wurde; zuletzt geändert am 18.11.2015 (BGBl. I S. 2076)
- **Infektionsschutzgesetz (IfSG)** zuletzt geändert durch Artikel 70 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474);
- **Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)** vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.07.2017 (BGBl. I S. 2833);
- **Landesnatorschutzgesetz (LNatSchG)** vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387 vom 12.10.2005), geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert am 21.12.2016 (GVBl. S. 584);
- **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)** vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.09.2017 (BGBl. I Seite 3434);
- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.07.2017 (BGBl. I S. 2831);
- **Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO)** vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBl. S. 77);
- **Abwasserverordnung (AbwV)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl. I S. 1108, 2625), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 02. September 2014 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist;
- Landesverordnung über die **Selbstüberwachung von Abwasserbehandlungsanlagen (SÜVOA)** vom 27.08.1999 (GVBl. S. 211), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127);
- Landesverordnung über die Beseitigung von kommunalem Abwasser (**KomAbwVO**) vom 27.11.1997 (GVBl. S. 441 ff), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 16.06.1999 (GVBl. S. 132 ff);

---

<sup>1</sup> vgl. Artikel 3 Nr. 12 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. EU Nr. L 257 S. 73).

- Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (**Abwasserabgabengesetz – AbwAG**) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114); zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 02.09.2014 (BGBl. I S. 1474)
- Landesgesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes AbwAG (**Landesabwasserabgabengesetz – LabwAG**) vom 22.12.1980 (GVBl. S. 258), geändert durch § 125 des Gesetzes vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127) zuletzt geändert am 01.01.2016 (GVBl. S. 518);
- **Abgabenordnung (AO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist
- **Landesgebührengesetz für Rheinland-Pfalz (LGebG)** vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578); zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 364);
- Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (**Besonderes Gebührenverzeichnis**) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 08.12.2015 (GVBl. S. 439)
- Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (**Allgemeines Gebührenverzeichnis**) vom 08.11.2007 (GVBl. S.277);
- Richtlinie 2006/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.02.2006 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft;
- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 über den Schutz des Grundwassers (**Grundwasserverordnung - GrWV**) vom 09.11.2010 (BGBl. I, S. 1513);
- **Süßwasserqualitätsverordnung (SüWaQuaV)** vom 20.09.1997 (GVBl. Seite 244);
- Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 18.07.1978 über die Qualität von Süßwasser, das schmutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (78/659/EWG)
- Gewässerprogramm- und Qualitätsziel- Verordnung vom 13.02.2001 (GVBl. S. 78), zuletzt geändert am 06.10.2004 (GVBl. S. 465);
- Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (**Anlagenverordnung – VawS**) vom 01.02.1996 (GVBl. S. 121 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.04.2017 (BGBl. S. 905);
- Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (**Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG**) vom 07.08.1996 (BGBl.S.1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
- Verordnung über Arbeitsstätten (**Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV**) vom 12.08.2004 (BGBl. I S. 2179), geändert durch Artikel 282 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.11.2016 (BGBl. S. 2681);
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (**Baustellenverordnung – BaustellV**) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283 ff), zuletzt geändert durch Artikel 27 der Verordnung vom 03.07.2017 (BGBl. I S. 2066);
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVRP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120)
- **Landesumweltinformationsgesetz (LUIG)** vom 27.10.2014 (BGBl. I S. 1643), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.07.2017 (BGBl. I S 2834)
- **Landesstraßengesetz (LStrG)** in der Fassung vom 01.08.1977, zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283)
- **Bundesfernstraßengesetz (FStrG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juli 2017 (BGBl. I S. 2833)
- **Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Juli 2017 (BGBl. I S. 2773)
- **Landesfischereigesetz (LFischG)** vom 09.12.1974 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. 127)
- **JGSF-Verordnung** vom 01.04.1999 (GVBl. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127)